



Mit der Handschrift der AfD und auf keinen Fall zum Nachahmen empfohlen

Pressemitteilung zu den
Sondierungsgesprächen von CDU und SPD

Als Flüchtlingsrat Berlin e.V. sind wir höchst besorgt angesichts der menschenrechtsfeindlichen und demokratiegefährdenden Ansätze im Sondierungspapier von CDU und SPD.

„Zurückweisungen um jeden Preis, selbst gegen geltendes nationales und EU- Recht und den Willen der europäischen Nachbarländer, ist eine Totalabsage an die menschenrechtlichen Prinzipien der Europäischen Union“, so Mariella Lampe vom Flüchtlingsrat Berlin. Gerade angesichts weiterhin eskalierender Konflikte und Kriege auf der Welt scheint dieses Sondierungspapier damit geradezu zynisch zu sein.

„Schutzsuchenden werden die letzten Möglichkeiten genommen, auf legalem Wege in Sicherheit zu gelangen“, kommentiert Lampe die Pläne der potentiellen Koalitionspartner, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen und Aufnahmeprogramme zu beenden. Auf diese Weise werden Menschen auf lebensgefährliche Fluchtrouten oder in die Hände krimineller Ausbeuter gezwungen, die in vielen Fällen leicht zu vermeiden wären.

Wir fordern die Berliner Landesregierung daher auf, im Gegensatz zu den Plänen der Sondierenden jetzt endlich den Weg frei zu machen für die Verlängerung der Aufnahmeanordnungen für Familienangehörige aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, welche seit Ende letzten Jahres aussteht. Zudem halten wir an der Forderung nach einem humanitären Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige aus Gaza, Iran und Sudan fest.

„Als sicherer Hafen, der Berlin noch ist, dürfen wir nicht die Augen nicht verschließen vor dem Unrecht, das sich anzubahnen droht“, warnt Emily Barnickel vom Flüchtlingsrat Berlin e.V. Äußerst besorgniserregend bewerten wir auch den Versuch, grundlegende Rechte sowohl von Geflüchteten als auch von Menschen, die Solidarität zeigen, einzuschränken. So wollen die Koalitionspartner in spe das Recht auf eine anwaltliche Unterstützung in Abschiebungshaft abschaffen – *„obwohl sich bei einer juristischen Überprüfung rund 50% aller Haftbeschlüsse als rechtswidrig erweisen“,* so Barnickel.

Selbst vor der Zivilgesellschaft machen die Pläne von CDU und SPD nicht halt: „Dass es solidarische Umtauschaktionen rund um die diskriminierende Bezahlkarte in das Sondierungspapier der CDU und SPD geschafft haben, ist alarmierend“, so Barnickel vom Flüchtlingsrat Berlin. Die Koalitionspartner in spe hatten sich darauf geeinigt, die „Umgehung“ der Bezahlkarte zu unterbinden. Sowohl bei Kommunen als auch Betroffenen bringt die diskriminierende Bezahlkarte bisher nichts als Probleme. Bei den Umtauschaktionen handelt es sich um Solidaritätsbekenntnisse einer aktiven Zivilgesellschaft, die vor allem einen hohen Symbolwert hat, nicht jedoch um Straftaten, wie beispielsweise die Staatsanwaltschaft München bereits festgestellt hat.

Pressekontakt: Mariella Lampe, 01514 4940520

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)